

Bezugsbedingungen und Anzeigenspreise
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindendstraße 3
Telefon: Dönhoff 292-293
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Gesellschaft 9-5 Uhr

Verleger: Derwachs-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Cindendstraße 3
Telefon: Dönhoff 2508-2507

Entscheidende Stunden.

Heute vormittag 11 Uhr hat in London die große Aussprache zwischen den Delegationen Deutschlands, Frankreichs und Belgiens begonnen. Die deutsche Delegation ist durch die drei Hauptdelegierten Marg, Szeesemann und Luther vertreten. Gegenstand dieser Aussprache ist der Gesamtkomplex der noch offenen Fragen: Militärische Räumung, Militärkontrolle, Eisenbahnerfrage, wirtschaftliche Forderungen. Seit dem Antritte ist das die erste direkte Aussprache zwischen deutschen und französischen leitenden Staatsmännern. Die beteiligten Regierungen haben ihr Maximalprogramm aufgestellt, bei dem großen Gegensätzen sind die Verhandlungen schwierig.

In den Londoner Vorbereitungen über die französische Forderung nach Verlängerung der Zollfreiheit für die Einfuhr eisenschmelzender Produkte nach Deutschland hat, wie wir hören, auch das deutsche Verlangen nach Aufhebung der Zollpolitischen Absperrung des Saargebietes eine Rolle gespielt.

Die Räumungsverhandlungen.

Paris, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Die militärische Räumung des Ruhrgebietes, die bisher nur Gegenstand des inoffiziellen Meinungsaustausches war, wird am Mittwoch zum erstenmal in einer offiziellen deutsch-französisch-belgischen Aussprache behandelt werden. Die deutsche Delegation ist zu diesem Zweck durch ein von Herriot und Theunis unterzeichnetes Schreiben eingeladen worden. Gegenstand der Verhandlungen wird ein neuer französischer Vorschlag bilden, der die ursprüngliche Idee der etappenweisen Räumung ausbildet, dafür aber die Befreiung nach ein volles Jahr aufrechtzuerhalten beabsichtigt. Als Argument für dieses Projekt wird von französischer Seite angeführt, daß man unmöglich vor Ablauf eines Jahres sich davon Rechenschaft geben könne, ob der Sachverständigenplan wirklich funktioniert.

Wie aus den Berichten der französischen Sonderkorrespondenten in London hervorgeht, wird diese Ansicht von Belgien nicht geteilt. So teilt z. B. der „Matin“ mit, daß Theunis nicht nur eine rasche Räumung wünsch, sondern dafür von Deutschland auch keinerlei Kompensationen verlange. Es sei, so fügt das Blatt hinzu, außerordentlich bedauerlich, daß die belgische Regierung auf diese Weise den einzigen Trumpf, den Herriot in der Hand habe, bereits im voraus hergebe, denn, wenn Frankreich auch für die Räumung eine neue Frist von einem Jahre verlange, so sei das doch keineswegs Herriots letztes Wort, da er vielmehr die Absicht habe, sich eine weitere Verkürzung dieser Frist durch deutsche Zugeständnisse abtun zu lassen. Von deutscher Seite werde die Räumung innerhalb sechs Monaten verlangt, und in den Kreisen der deutschen Delegation soll man am Dienstag erklärt haben, daß ohne diese Konzessionen und ohne die nötige Garantie für die Unterbringung der 800-Millionen-Anleihe die Aussichten für die Verabschiedung der für die Durchführung des Dawes-Planes notwendigen Gesetze sehr gering sei.

Einigung über die Sachleistungen.

London, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Die Spezialkommission der Chiffrelegierten, die sich mit den strittigen Fragen über die Sachleistungen am Dienstag befahte, einigte sich nach mehrstündigen Verhandlungen auf ein Kompromiß. Vor allem wurde durch genaue Bestimmungen festgelegt, wie weit das Transferrat bei finanziellen Anlagen gehen kann. Ein bestimmter Prozentsatz der deutschen Industrie soll von langfristigen Anlagen überhaupt ausgeschlossen werden. Grundhaft ist, daß die ökonomische Herrschaft Deutschlands unangefastet bleibt und die Ueberforderung verhütet wird. Es ist vorgesehen, daß jede Anlage auf 10 Jahre erfolgt. Außerdem hat sich die deutsche Delegation bereit erklärt, auch über 1930 hinaus Kohlen- und Kokslieferungen an Frankreich vorzunehmen. Das Kompromiß unterliegt jetzt noch der Bestätigung des Vierzehnerrates.

In unterrichteten Kreisen wird angenommen, daß die Konzeption trotz des allgemeinen Abflusses der Kommissionsarbeiten nicht vor Sonnabend beendet wird, da die Fertigstellung der Protokolle allein zwei Tage in Anspruch nehmen dürfte.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen.

Paris, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Ueber die Verhandlungen, die am Dienstag früh zwischen der französischen und deutschen Delegation über die Frage des Handelsvertrages geführt wurden, urteilen die Pariser Blätter, daß es sich in der Hauptsache darum gehandelt habe, die Grundlinien eines Abkommens festzusetzen, das dem Abschluß eines endgültigen Handelsvertrages vorausgehen soll. Die Hauptschwierigkeit bildet dabei die Frage der Zollfreiheit für die eisenschmelzende Industrie nach Deutschland.

Paris, 13. August. (Eco.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ in London glaubt folgendes Stimmungsbild über die Besprechungen zwischen Clémentel und Seydoux einerseits und dem Reichsfinanzminister Luther und von Trendelenburg andererseits geben zu können:

„Zunächst zeigte sich Luther sehr widerspenstig. Trendelenburg wurde sogar brutal. Unmöglich konnten Clémentel und seine Mitarbeiter die Spannung der Atmosphäre mildern. Sie bewiesen den Deutschen, daß Deutschland das größere Interesse daran habe, daß die Beziehungen zwischen den beiden Ländern nicht vom Januar 1925 ab plötzlich in eine Art Wirtschaftskrieg umschlagen.“

Luther fragte, ob die französischen Ergebnisse über das Eisen ohne Kontrolle und ohne Begrenzung in das Reich eingeführt werden könnten. Man erwiderte ihm, daß man zu einer Kontingentierung bereit sei.

Luther hat daraufhin zu verstehen gegeben, daß Frankreich durch die Vereinbarungen über die Sachleistungen auf Reparationskonto bereits wertvolle Vorteile habe. Man hat ihn darauf ge-

antwortet, daß Deutschland in dem zukünftigen Handelsvertrage ebenfalls Vorteile erhalten könnte und daß man nicht an Druck und Zwang denke.

Endlich kam man zu einem glücklichen Ergebnisse, daß nämlich jetzt in London Verhandlungen über einen Modus vivendi beginnen sollten, zu denen der Direktor im Handelsministerium, Seruys, von Clémentel nach London berufen worden ist. Trendelenburg läßt zwei seiner Mitarbeiter nach London kommen. Man kann also annehmen, daß die Handelsvertragsverhandlungen zu einem guten Abschluß kommen werden.“

London, 13. August. (Eco.) Ueber die direkten französisch-deutschen Verhandlungen kann bisher mitgeteilt werden, daß heute nachmittag der deutsche Finanzminister Dr. Luther, begleitet von Staatssekretär Trendelenburg, mit Clémentel und dem Sachverständigen Seydoux zusammengetroffen ist, um diesem einen Gegenentwurf zu den Gesetzen von den Franzosen übermittelten Anregungen für ein Wirtschaftsabkommen zwischen Frankreich und Deutschland zu überreichen. Wie verlautet, sind die sachlichen Gegensätze zwischen den beiden Entwürfen recht groß, jedoch wird die Besprechung in bestem Geiste geführt. Die Franzosen führen die Verhandlungen über den Handelsvertrag nicht im Zusammenhang mit den Besprechungen über die Ruhräumung, sondern heben ausdrücklich hervor, daß es nunmehr, nachdem man einem Reparationsfrieden nahe sei, unstrittig wäre, die allgemeine wirtschaftliche Besserung, die aus diesem für die Welt erwachsen würde, durch einen deutsch-französischen Zollkrieg zu stören.

Der Gedanke, daß der deutsch-französische Ausgleich auf wirtschaftlichem und psychologischem Gebiete für die gesamte Weltwirtschaft von Bedeutung sei, ist im übrigen auch in der heutigen Sitzung der „großen Vierzehn“ zum Ausdruck gekommen. Es kann übrigens mitgeteilt werden, daß in den gestrigen Unterhaltungen mit dem Reichsfinanzminister Luther die belgischen Wünsche nach einem deutsch-belgischen Wirtschaftsvertrag zum Ausdruck gebracht haben. Auch Italien ist, wie verlautet, in der letzten Zeit mit Anregungen zu einem Handelsvertrag mit Deutschland her- vorgetreten.

Polen und die Sicherheitsfrage.

Paris, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Herriot hat am Dienstag den polnischen Gesandten in London empfangen. Dieser hat namens seiner Regierung den Wunsch geäußert, falls es zu irgendwelchen Abmachungen über die Frage der Sicherheit kommen sollte, mögen die Interessen und die besondere Lage Polens Berücksichtigung finden.

Amerika und die deutsche Anleihe.

New York, 13. August. (W.B., durch Funkpruch.) Laut Associated Press erklärte der Bankier Otto Kahn bei seiner Rückkehr aus Europa, er erwarte den baldigen Abschluß der Verhandlungen über die im Domesplan vorgesehene deutsche Anleihe. Der Vizepräsident der Guaranty Trust Company, Eison, gab der Meinung Ausdruck, daß alles auf die Erledigung der Anleihefrage innerhalb zweier Wochen hindeute, und deutete an, daß Morgan an der Spitze eines amerikanischen Syndikats hundert Millionen Anleihebonds zeichnen würde.

Russland im Sudan.

London, 12. August. (Reuter.) Nach hier eingetroffenen Meldungen veranfaßten die Kadetten der Militärakademie in Kairum mit Gewehren einen Zug durch die Stadt. Ihnen folgte eine große Menschenmenge, die von der Polizei rasch zerstreut wurde. Die Kadetten, die sich weigerten, ihre Waffen abzugeben, wurden von einer Kompanie britischer Truppen umzingelt, entwaffnet und verhaftet. Auch in Port Sudan veranfaßten Mannschaften eines ägyptischen Eisenbahnbataillons Kundgebungen. Ein britisches Bataillon wird nach dem Sudan zur Verstärkung der dortigen britischen Truppen entsandt. „Evening Standard“ schreibt: Eine Reihe von Ausschreitungen und Kundgebungen, die von ägyptischen Kapitalisten organisiert worden seien, hätten im Sudan eine ernste Lage geschaffen. In maßgebenden Kreisen sei man der Ansicht, daß diese Entwicklung die bevorstehenden Verhandlungen zwischen der belgischen Regierung und Ägypten beeinträchtigen werde.

Strofanträge im Kommunistenprozeß.

Schwere Zuchthausstrafen.

Leipzig, 13. August. (Eigener Drahtbericht.) Im Prozeß vor dem Staatsgerichtshof gegen die Potsdamer Kommunisten Fiedler und Genossen beantragte der Vertreter des Oberreichsanwalts heute vormittag folgende Strafen: Gegen Fiedler 7 Jahre Zuchthaus, gegen Großmann 5 Jahre Zuchthaus, gegen Schah 6 Jahre Zuchthaus, gegen den Reichswehrsoldaten Mehlhorn und den Unteroffizier Durchardt je 9 Jahre Zuchthaus, 10 Jahre Ehrverlust, gegen den Gezeiten Kaufe 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, gegen den Unteroffizier Fehling 4 Jahre Gefängnis, gegen Frau Durchardt 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und, da Fluchtverdacht vorliegt, sofortige Verhaftung, schließlich gegen die Gebrüder Franz und Gerhard Fredmann je 8 Jahre Zuchthaus und 10 Jahre Ehrverlust.

Bei Mehlhorn beantragte der Oberreichsanwalt 4 Monate, bei Großmann 3 Monate und bei den übrigen Angeklagten 6 Monate der Unterfugungshaft anzurechnen. Bei den Angeklagten Fiedler, Großmann und Schah sah der Reichsanwalt von dem Antrag der Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte ab, weil sie nach politischen Gesichtspunkten im Auftrag der Partei gehandelt haben, während sich die Brüder Fredmann lediglich durch Gewinnlust leiten ließen.

Kommunistische Perspektiven.

Auf dem mehrere Wochen andauernden Kongreß der Kommunistischen Internationale hat Trotski nicht ein einziges Mal, selbst nicht in der gleichgültigsten Angelegenheit das Wort ergriffen. Auch an den Beratungen der Kommissionen war er nicht beteiligt. Offiziell richtete sich der Kampf des Kongresses gegen den sogenannten „Rabekismus“. In Wirklichkeit wußte jeder, daß Trotski der Geaner war, auf den die Pfeile gerichtet wurden. Ruth Fischer bestätigte es noch dieser Tage vor den Berliner kommunistischen Funktionären ausdrücklich, daß der Fünfte Weltkongreß die „Kadet, Brandler und Trotski endgültig erledigt“ habe.

In Wirklichkeit ist in Rußland wohl niemand so wenig „endgültig erledigt“ wie Trotski. Es zeugt von der Stärke seiner Stellung, daß er, der von Sinowjew, Stalin und Kamenev mit allen Mitteln Bekämpfte und aus mehreren staatlichen Stellungen Verdrängte, immer wieder Gelegenheit findet, um vor der Öffentlichkeit als der Mann aufzutreten, auf den sich alle Augen zu richten haben, wenn der Bankrott des phrasenreichen Geschwätzes derer um Sinowjew offensichtlich geworden sein wird. Seine Reden kann selbst die offizielle Sowjetpresse nicht immer unterdrücken. So findet sich in der „Pravda“ vom 5. August ein vierzehn Spalten langer Bericht über eine seiner Reden über „Die Perspektiven der Weltentwicklung“.

Trotski ist es gewesen, der auf dem 3. Weltkongreß durch sein wirtschaftspolitisches Referat über die „Entwicklung des Weltkapitalismus“ die Grundlagen zu der damals angebotenen Revision des Kommunismus im Weltmaßstab legte. Auf Grund seines Referates kam dieser Kongreß im Jahre 1921, unmittelbar nach dem mißglückten deutschen Märzputsch, zu dem Ergebnis, daß die primitiven Hoffnungen des Bolschewismus auf den sofortigen Ausbruch der Weltrevolution sich nach dem Kriege nicht verwirklicht hätten und daß infolgedessen eine Korrektur der bolschewistischen Taktik notwendig sei. Er legte damit die theoretische Grundlage für die Schwentung, die die kommunistische Internationale von da an bis zum Herbst des vergangenen Jahres maßgebend beeinflusst hat, die in der Parole „heran an die Massen!“, in der Forderung nach der „Einheitsfront“, in dem „sächsischen Experiment“ ihren Ausdruck fand.

Da die Annahme, daß durch die Ereignisse des vergangenen Jahres eine neue günstige Konjunktur für die bolschewistischen Umsturzpläne gekommen sei, hat damals Sinowjew gegen den heftigen Widerstand von Trotski und Kadel den Bruch mit der 1921 eingeleiteten gemäßigten Tendenz vollzogen. Die Schwentung Sinowjews begünstigte den Sieg der „Linken“ in Deutschland und hand in hand mit der Zurückdrängung des Trotskischen Einflusses in der innerrussischen Politik entwickelte sich in der kommunistischen Internationale das erneute Bekenntnis zum aktiven Putschismus. Sinowjew, der diese Entwicklung in erster Linie aus innerpolitischen Gründen bedingte, hat inzwischen wohl längst eingesehen, daß seine Spekulation für die europäischen Verhältnisse eine verfehlte gewesen ist. Nur daher erklärt sich das auffällige Bremsen, das jetzt von Moskau aus zu beobachten ist und der noch viel auffälligerer Versuch, auf dem Umweg über die englischen Gewerkschaften eine Annäherung an die Amsterdamer Internationale herbeizuführen, d. h. die eben erst feierlich verworfene Auslegung der Einheitsfront, wie sie in Deutschland unter Brandler gehandhabt wurde, auf internationalem Wege wieder einzuschmuggeln.

Auf dem Weltkongreß gab Barga, der in engem Kontakt mit Trotski arbeitet, vorsichtig, zurückhaltend, unter Berücksichtigung der auf dem Kongreß allgemein herrschenden „linken“ Stimmung immerhin in seinem wirtschaftspolitischen Referat schon einige Grundlagen für diese neue Schwentung der Komintern. Trotski entwickelt jetzt in seinem von der „Pravda“ veröffentlichten Vortrag vor der „Gesellschaft der Freunde der mathematisch-physikalischen Fakultät“ viel eingehender und sorgfältiger als Barga, und gleichzeitig auch viel bestimmter als er die Grundgedanken, auf der die Theorie und Praxis der — wenn man so sagen darf — revisionistischen Kommunisten sich aufbaut.

Trotski geht von der Ueberzeugung aus, daß die allgemeine Weltentwicklung einem Wachen der pazifistisch-demokratischen Kräfte entgegengeht. Er bezeichnet als die wirtschaftliche Wurzel dieser demokratisch-pazifistischen Entwicklung, über die er sich selbstverständlich als guter Kommunist lustig machen muß, den steigenden Einfluß des amerikanischen Kapitals. Der amerikanische Kapitalismus hat sich nach ihm im Weltkrieg und in den Nachkriegsjahren in ungeheurem Ausmaß entwickelt, ihm ist Amerika zu klein geworden, er hat nicht nur alle europäischen Staaten überflügelt, er ist auch stärker und mächtiger als die kapitalistischen Kräfte des britischen Imperiums. Seine Rückkehr zur Beteiligung an der europäischen Politik entspringt der Tatsache, daß ihm Amerika zu eng wurde, daß er seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluß über die ganze Welt verbreiten will. Der Dawes-Plan, die Pazifizierung Europas, die Beilegung der Konflikte zwischen Frankreich, Deutschland und England sind alles nur Folgeerscheinungen dieses steigenden amerikanischen Einflusses. Das Anwachsen des sozialdemokratischen Einflusses in allen industriellen Ländern Europas, die fühlbare Sammlung der Sozialistischen Internationale sind nach Trotski ebenfalls nur Begleiterscheinungen dieser Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus im Weltmaßstab.

Weshalb wie bei unszulande die Deutschösterreichischen in der „Deutschen Zeitung“ trauernd mit den Köpfen wackeln, weiß „Allyud a“ alle heroischen Instinkte in den Nationen erstickt, Mussolini Italien ins Wanken bringt, der nationalen Be-

wegung in Deutschland das Rückgrat bricht und — wie entsehrlich — selbst ihren besten Freund Poincaré beseitigt, so stellt auch Trocki fest, daß der Weltkapitalismus sich anjchickt, mit seinen mächtigen Polypenarmen das arme Europa zu „befrieden“ und in eine große Kolonie dieses letzten Siegers im Weltkriege zu verwandeln. Trocki vergißt in diesem Zusammenhang — trotzdem es bei einer so streng marxistisch angelegten Untersuchung doch sehr nahe läge — ganz und gar davon zu sprechen, welche Funktion in dieser geschichtlichen Weltentwicklung die bolschewistische Regierung in Rußland spielt. Er würde sonst sicher — wir zweifeln nicht daran — zu dem Ergebnis kommen, daß auch die bolschewistische Regierung in Rußland letzten Endes keine andere Funktion zurzeit erfüllt, als dem mächtig sich entwickelnden Weltkapital die Wege zu ebnen und das weite Gebiet Rußlands der kapitalistischen Ausbeutung Schritt für Schritt dienstbar zu machen.

Was wäre Trocki für ein Kommunist, wenn er nicht in dieser allgemeinen für die Bolschewisten so trostlosen Perspektive doch noch schließlich am Ende den Trost fände, daß diese Pläne dem amerikanischen Kapitalismus auf die Dauer nicht gelingen können, daß die zur Rolle von Kolonien herabgedrückten Völker Europas sich dort eines Tages zum heroischen Abwehrkampf entschließen werden. Trocki ist nur klug genug, jetzt schon anzudeuten, daß die Entwicklung der nächsten Zeit diesen Weg nicht gehen wird, daß im Gegenteil die nächste Zeit eine Entwicklung der ganzen Welt in dem von ihm bezeichneten pazifistischen Sinne bringen wird. Er erkennt, daß namentlich die europäische Entwicklung im engeren Sinne einem Zusammenschluß der Völker auf wirtschaftlichem und auf politischem Gebiete zusteuert.

Es erhebt sich die Frage, welche Perspektive unter diesem Gesichtspunkt für die Arbeiterbewegung übrig bleibt. Vielleicht ist es kein Zufall, wenn Trocki sein Referat damit schließt, daß Rußland von der amerikanisch-technischen Entwicklung noch ungeheuer viel lernen könne und müsse; denn bis zur Amerikanisierung der „noch recht schwach entwickelten sozialistischen Industrie Rußlands“ gibt es noch viel zu tun. Politisch aber weiß Trocki für die Gegenwart und nächste Zukunft nichts zu sagen. Sein Referat zeigt nur, wie die klügsten Führer des russischen Bolschewismus den kommenden „großen Tag der sozialen Revolution“ von Jahr zu Jahr für eine spätere Zeit festsetzen. Damit wird die ganze Grundlage ihrer Bewegung gegenstandslos.

Wir Sozialdemokraten, denen die Kommunisten vorwerfen, daß wir nur „die Geschäfte des Kapitalismus“ besorgten, wir haben von Marx gelernt, daß in dieser Entwicklung die Arbeiterbewegung selber heranwächst und daß ihr steigender politischer Einfluß damit zu einem Faktor wird, der politisch und wirtschaftlich den Kapitalismus hindert, die Welt zum zweiten Male in die Katastrophe eines Weltkrieges hineinzuführen. Die bolschewistische Taktik, wenn sie konsequent links bleibt, tut nur alles, um diese Katastrophe herbeizuführen. Nur die Klügeren unter den Kommunisten erkennen, daß ihre Spekulation verfehlt war. Gerade Trockis sachliche Ausführungen über die allgemeine Weltentwicklung geben so die beste Grundlage zum geistigen Abwehrkampf gegen die verwirrenden Phantasien und Illusionen des putschistischen Kommunismus.

Umfall-Kanonade.

Daß die Deutschnationalen umfallen werden, weiß jedes Kind. Je näher der Umfall, desto größer wird das Durcheinander bei ihnen. Während ihre Presse vollständige Direktionslosigkeit an den Tag legt, hält die Reichstagsfraktion es für richtig, folgende im höchsten Grade diplomatische Erklärung zur Beruhigung der Betreuen loszulassen:

„Von zahlreichen in Berlin anwesenden Mitgliedern der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird die Entwicklung der Verhandlungen in London mit wachsender Sorge verfolgt. Die bisherigen Besprechungen der Delegationen haben sich fast nur mit Fragen beschäftigt, deren für Deutschland befriedigende Lösung von

dem Gesandten selbst als unverzichtbare Voraussetzung für seine Durchführung angesehen wird. Aus den leider unzulänglichen Informationen der Presse gewinnt man den Eindruck, daß unsere Unterhändler, um sich populäre Erfolge in diesen Vorfragen zu erkaufen, in wichtigsten Fragen der wirtschaftlichen Lösung bereits bedeutende Konzessionen gemacht haben oder solche zu machen entschlossen sind. Es liegt Gefahr vor, daß man auf diese Weise keine Verbesserung der Sachverständigenvorschläge erreicht, sondern sogar noch in Verschlechterungen einwilligen wird. Bei allen Besprechungen wird mit großem Ernst darauf hingewiesen, daß die Stellung der Deutschnationalen Reichstagsfraktion durch die von ihr beschlossenen 7 Punkte endgültig festgelegt ist. Lösungen, welche diesen unverzichtbaren Forderungen nicht voll entsprechen, würden die Zustimmung der Deutschnationalen Volkspartei nicht finden können.“

Natürlich kann man aus dieser diplomatischen Note alles und jedes herauslesen. Man kann z. B. der Meinung der „Deutschen Zeitung“ sein, die zu dieser Erklärung bemerkt:

„Wir begrüßen diese Mitteilung der Deutschnationalen Volkspartei als eine dringende Rotwendigkeit. Ihr Inhalt entspricht dem, was Graf Westarp in der „Deutschen Zeitung“ über die Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion mitgeteilt hat. Wir hoffen, aus der Tatsache, daß diese Warnung jetzt erfolgt, schließen zu dürfen, daß Herr Stresemann für seine Londoner Vereinbarungen nicht die notwendige Mehrheit im Reichstage finden wird, wie er dies gehofft und wir beinahe gefürchtet hatten.“

Draußen im Lande wird inzwischen „gearbeitet“ und als Ergebnis der geistigen Arbeit erblicken auf den Tagungen der Landbünde zahlreiche Resolutionen das Licht der Welt. Oft sind sie in ihren volkswirtschaftlichen und politischen Forderungen von einer grotesken Komik. Immer aber gehen sie von der Hauptforderung aus, das Dawes-Gutachten müsse abgelehnt werden. Die Landwirte Lübeck fordern z. B. auf ihrer Eutinener Tagung:

„Die Besetzungsabsichten der verbündeten Entente-mächte und des jüdisch-internationalen Großkapitals, wie sie im Sachverständigengutachten und in den Londoner Verhandlungen zutage treten, sind mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfen. Wir fordern die Wahrung der politischen, wirtschaftlichen und staatlichen Freiheit seitens der maßgebenden Regierungstreife als erste Voraussetzung einer gesunden wirtschaftlichen, politischen und staatlichen Entwicklung für die Zukunft.“

Der Präsident des Reichslandbundes, Hepp, Stresemanns Fraktionskollege, ist schon etwas vorsichtiger. Er variiert auf dem Kassauischen Bauerntag die radikale Forderung der Landbünde in einer anderen Fassung:

„Keine Annahme aber des Dawes-Gutachtens wenn irgendwie die deutsche Ehre und wenn ein Fußbreit deutscher Erde preisgegeben wird! Wir müssen verlangen, daß die Ausgewiesenen in ihre Heimat zurückkehren, daß die Gefangenen freigegeben werden, daß die Zollgrenze verschwindet und daß die neubefreiten Gebiete militärisch geräumt werden.“

Daraus kann man zur Not auch den Schluß ziehen, daß das Dawes-Gutachten von diesen Kreisen angenommen wird, trotzdem es das „Joch Alljudas“ für die teutonischen Reden bringen wird. Aus anderen Ecken bläst freilich ein anderer Wind. So schreibt ein führendes reaktionäres Blatt:

„Nachdem die Transferentscheidungen, die ebenfalls gegen die leise vorgebrachten deutschen Wünsche entschieden worden sind, ebenfalls gutgeheißen wurden, bleibt vom „eigenlichen Konferenzprogramm“ kaum noch etwas übrig. Die deutsche Delegation hat bereits alle Teile des Londoner Diktats unterzeichnet, ohne auch nur in der Ruhrfrage eine Entscheidung herbeizurufen zu haben.“

Im Zusammenhang damit wird dann ausdrücklich gesagt: „Es braucht nicht ausführlicher erläutert werden, was die französischen Forderungen, und die Zustimmung der Reichsdelegation zu ihnen, bedeuten: restlose Beherrschung der deutschen Produktion durch die französische Schwerindustrie.“

Die Reaktion aber wagt es, dir schwarzweihrote Schleifen auf Grab zu legen, die Reaktion, deren heiligstes Streben zurück zur Monarchie ist, die neue Kriege herbeiführt und nicht begreifen will, daß dem deutschen Volke durch den verlorenen Krieg genug Elend zuteil wurde! Nein! Lieber Hoffmann von Fallersleben, wir Republikaner ehren dich, wir halten's mit deinen Worten:

O Gott! Wofür! Wofür?
Für Fürstengewalt, Ruhm und Macht zur Schlacht?
Für Hofgeschmeiß und Junker hinaus zum Strauß?
Für unseres Volkes Unmündigkeit zum Streit?
Und für Regat und für Zensur nur ganz untertänigt zum Befehle?
Ich dachte, ich dachte . . .

Die Geisha-Aufführung in der Volksbühne bringt eine Neubekennung der Titelrolle. Grete Sedlich singt jetzt die Mimosa. Ihr kernvolles Organ, ihr ausdrucksreiches Spiel und ihre Annuit kommen der Rolle sehr zustatten, wenn sie auch nicht den exotischen Zauber des Singspiels hat. Die übrige Besetzung, der treffliche Chor, das schwungvolle Orchester ergeben einen ausgezeichneten Gesamteindruck.

Ein imperialistischer Baumwäster. Franz Schwedien, der Geheime Baurat, der zwischen 1880 und 1900 einen großen Teil der wichtigsten Berliner Bauten geschaffen hat, ist am Montag, am Vorabend seines 83. Geburtstages, in Berlin gestorben. Er ist einer der führenden Architekten gewesen, die ihre Aufgabe in der Anpassung des historischen Stils an moderne Bedürfnisse erfüllten. Zuerst war es die Renaissance, dann der romanische Stil, dessen er sich bediente. Diese Zeit des aufsteigenden bürgerlich-industriellen Deutschlands, die soviel baute und das Gepräge unserer Städte auf lange hinaus formte, konnte sich nur in historischer Maskerade ausleben. Und man muß noch zufrieden sein, wenn es mit gewisser Solidität und ohne allzu große Geschmacklosigkeit vor sich ging. Von Schwedien stammen in Berlin u. a.: der Philharmoniesaal, der Westfalenaal, die Kriegsatabemie, zahlreiche Kirchen, vor allem die romanische Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche und die romanischen Häuser, die der Universitätsbibliothek Wilhelm II., mit dem sich Schwedien gut zu stellen wußte, vorschrieb. Da Gotik und Renaissance bereits abgenutzt waren, blieb die Entwicklung der Stilmitteln schließlich bei den romanischen Formen stehen. Und gerade dieser Schwächling von Kaiser erkor diesen wichtigen, ersten Still Schwimmer war es, daß der anpassungsfähige Hofbaumwäster nun auch das prächtige Kaiserstloß in Potsdam und die Rheinbrücke bei Köln in diesem Stile anlegte und damit sowohl den Sinn für gegebene Stillebilder wie für das Konstruktive, das vor allem eine Brücke erfordert, verneigte. Schwedien übernahm später ein Meisteratelier an der Akademie der Künste, deren Präsident er auch wurde.

Hier unterläßt uns ein Versehen. Wir haben ganz und gar vergessen, daß es die „Rote Fahne“ ist, die in diesem deutfchnationalen Stil gegen die Londoner Verhandlungen schreibt. Die Kommunisten befinden sich eben immer wieder auf ihre historische Aufgabe: Zutreiberdienste für die Reaktion zu leisten. Kein Wunder, daß es mit ihnen bergab geht.

Die Krisis im Kommunismus.

Solingen, 13. August. (Wrb.) Die Bezirkskonferenz der Kommunistischen Partei für Solingen und Remscheid beschäftigte sich vornehmlich mit der „Rechtsopposition“. Es wurde eine scharfe Entschiedenheit gegen die Rechte gefaßt und strengste Unterordnung unter jedes Moskauer Diktat verlangt. Gegen Widerpenfistige werde mit allen Mitteln vorgegangen werden. In der letzten Zeit mehren sich die Gerüchte auffallend, daß Mitglieder der Kommunistischen Partei, selbst Führer, austreten oder ausgeschlossen werden. Allein im Solinger Bezirk verlor die Kommunistische Partei sechs führende Persönlichkeiten, welche früher große Rollen gespielt haben.

In Chemnitz ist einer der bekanntesten Führer der Kommunisten, der Stadtverordnete Hausding, wegen parteischädigenden Verhaltens“ ausgeschlossen. Er gehörte der Brandler-Gruppe an.

Staatsanwalt Gysae.

Eine kleine Anfrage.

In dem am Zwischenfällen reichen Hochverratsprozeß vor dem Staatsgerichtshof ist über den Fehlen des Vorsitzenden, Reichsgerichtsrat Riedner, etwas anderes übersehen worden: als Zeuge über den Verkauf des Boroerfahrens wurde dessen Vater, Staatsanwaltschaftsrat Dr. Gysae, vernommen.

Das zwingt zu folgender Anfrage: Vor einigen Jahren erkreute sich die „Deutsche Tageszeitung“ eines juristischen Mitarbeiters, dessen Artikel sich durch besondere Gehässigkeit gegen Republik und Verfassung auszeichneten. Als bei der Beratung des preussischen Justizrats i. J. 1921 der sozialdemokratische Fraktionsredner einige besonders markante Zitate aus diesen Artikeln verlas, erklärte der preussische Justizminister, am Jehnhoff, daß er diese Artikel mißbillige und daß dem Verfasser dies amtlich mitgeteilt worden sei. Der Artikelverfasser hieß: Staatsanwalt Dr. Gysae.

Zu fragen ist, ob dieser Staatsanwalt Dr. Gysae identisch ist mit jenem, den man nicht passender als am Staatsgerichtshof zur Schutze der Republik beschäftigen zu können glaubt?

Die Weltstadt Industriegebiet.

Gründung des Verkehrsverbandes Oberhausen-Redlinghausen-Hamm.

Dortmund, 13. August. (Eigener Drohtbericht.) Die Bildung einer riesigen West-Industriegebiet in rheinisch-westfälischen Industriegebiet ist einen neuen Schritt weitergekommen. Ein neuer Verkehrsverband, der die Städte Duisburg bis Hamm und besonders die Gemeinden und Verkehrsvereine an der Eisenbahnstrecke Oberhausen-Hamm verbindet, ist schon gegründet worden unter dem Namen „Verkehrsverband Oberhausen-Redlinghausen-Hamm“. Vorsitz und Geschäftsführung sind vorläufig dem Gladbacher Verkehrsverein übertragen worden. Die Industriegebiete von Essen und Duisburg sollen bei dem Wirken dieses Verbandes besonders berücksichtigt werden. In erster Linie wird das Ziel verfolgt, eine schnellere Eisenbahnverbindung auf der Strecke Oberhausen-Redlinghausen-Hamm herzustellen. Vom Spitzenverband der Verkehrsverbände wurde bei der Gründung eine Sympathieerklärung abgegeben und gefordert, daß, wo sich nicht die D-Züge auf weitere Entfernung einfügen lassen, sie durch mindestens schnellfahrende Züge ersetzt werden sollen. Sogar die Regierverwaltung in Mainz hat schnellfahrende Züge für die Strecke Oberhausen-Redlinghausen-Hamm zugesagt. Von der Gründung dieses neuen Verkehrsverbandes verpricht man sich Vorteile auch für die Siedlungsstätigkeit im Industriegebiet.

Am Grabe Hoffmanns von Fallersleben.

Von Dietrich.

In dem landschaftlich so überaus reizvoll liegenden Cordey an der Weser verbrachte Hoffmann von Fallersleben die letzten vierzehn Jahre seines Lebens. Auf dem Klosterriedhof liegt er begraben. Sein Grab sollte für alle deutschen Republikaner eine Weisheitsstätte sein. Aber als ich es aufsuchte, stürzte mich sogleich eine zeitgemäße Frechheit. Irgendein grüner „Jungel“-Bengel hatte eine riesige schwarzweihrote Schleife am Grabe niedergelegt.

Als neulich ein Richter einen kleinen nationalen „Heiden“ fragte, ob er Theodor Körner lenne, gab er für Antwort, ja, er sei bei Großheeren gefallen! Von der falschen Antwort abgesehen, wäre das alles gewesen, was er von Körner gewußt hätte. Nicht anders sieht dieser „jungdeutsche Held“. Er würde stammen, Hoffmann sei der Dichter des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“! Ich will nicht beschämen sein, mehr oder wüßte er bestimmt nicht.

Verzeih, du alter, ehrlicher Demokrat Hoffmann von Fallersleben, der du die deutsche Reaktion hast wie nur einer: Wir schämen uns dieser beladenden sogenannten „nationalen Jugend“, wie du es getan haben würdest. Die frische, wahre, vorwärtsdrängende Jugend, der allein die Zukunft gehört, kennt dich, verehrt dich. Sie weiß, daß deine Lieder, von denen du mit Recht prophetisch vorausgagst:

Und bist du nur ein Blöcklein —
frisch auf, frisch auf mein Sang!
Es stürzt auch die Lawine
Von eines Blöckleins Klang!

ein Schlag des deutschen Volkes geworden sind. Sie weiß, daß dieselbe Reaktion, die heute nicht genug ihr Deutschtum betonen kann, es war, die das Zustandekommen des deutschen Staates — wie es mit vielen anderen Demokraten auch dein Streben war — ständig verhinderte, weil sie jede, auch die geringste Einschränkung ihrer Vorrechte befürchtete! Sie weiß, daß du die Reaktion grimmig verspottetest. Sie weiß auch, daß dieselbe Reaktion in demselben Jahr, als du auf Helgoland der Reaktion zum Trotz dein schwarzrotgoldenes Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ dichtetest, dich aus deinem akademischen Behramt hinauswusch! In der famosen „Begründung“ hieß es, daß in deinen Liedern Bestimmungen ausgedrückt würden, die bei den Lesern der Lieder, besonders von jugendlichem Alter, Mißvergnügen über die bestehende Ordnung der Dinge, Verachtung und Haß gegen Landesherren und Obrigkeit hervorzurufen, und einen Geist zu erwecken geeignet wären, der für die Jugend, aber auch im allgemeinen verderblich wirken könnte.

Die republikanische Jugend weiß, daß du ein mutiger Freiheitsmann warst, der, von der Reaktion vertrieben, in deutschen Ländern heimatlos umherzog und dennoch nicht zu Kreuze kroch.

Dieser kaiserliche Baumwäster war ein getreuer Ausdruck seiner Zeit, die nach Expansion auch in der Kunst verlangte: Raffigkeit, Ornamentprunk, unorganische, unkonstruktive Fassadenschwulsterei; Flucht in vergangene Stile sind ihre Symptome. Ein imperialistischer Kapitalismus, der sich historisch einkeidet. Nach dem Zusammenbruch der Epoche steht heute jeder, der leben will, das Hobe und Boere. Einmal hat Schwedien, der einst zu schöneren Hoffnungen berechtigte, den Mut zu sich selbst gehabt: im Anhalter Bahnhof, der ihm ein sympathisches Andenken sichert.

Der Segen des Achtstundentages. Die allgemeine Einführung des Achtstundentages hat das Internationale Arbeitsamt zu einer Umfrage in allen Ländern der Welt über die Art und Weise veranlaßt, in der die Arbeiterschaft die durch die Verkürzung des Arbeitstages gewonnene freie Zeit nützt. Die Umfrage hat ergeben, daß in fast allen Ländern die verkürzte Arbeitszeit dem Arbeiter in den großen Städten Zeit und Gelegenheit geboten hat, zu einer gesunden Lebensweise in frischer Luft zurückzuführen. Die neuen Ruhestunden haben kleine Gärten entstehen lassen, die der Arbeiter selbst bebaut, und wo er sich in den Abendstunden dem Genuß der Natur hingibt. So ist z. B. in Schweden seit der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages die Zahl dieser Kleingärten von 12 000 auf 30 000 gestiegen. Allein in der Hauptstadt zählt man 7000 Arbeitergärten. In der Tschechoslowakei gründet ein Verband, in dem die Gesellschaften zur Schaffung von Gartenkolonien zusammengeschlossen sind, im Reichsbild der Städte Kleingärten.

In Deutschland, England und Frankreich haben große Industriebetriebe für diesen Zweck Grundstücke zur Verfügung gestellt. In den Vereinigten Staaten ist der Kleingarten weniger beliebt. Hier entzieht die Arbeiterfamilie im Automobil, das jeder tüchtige Arbeiter sein eigen nennt, nach Feierabend in die herrlichen Parks und Gärten am Rand der Stadt, wo Gelegenheit zu Vergnügungen und Unterhaltungen in reichem Maße geboten ist, und wo auch sportliebende Elemente auf ihre Kosten kommen. Im Sommer wird Baseball gespielt, im Winter dem Tanz gewidmet, der sich einer größeren Beliebtheit denn je erfreut, und abends nehmen Kinos und Billardhöfe den Strom der Gäste auf. Ein Fünftel der Bevölkerung in den Vereinigten Staaten besucht täglich das Kino. In Belgien erhoit sich der Arbeiter nicht nur bei Gartenarbeit und sportlicher Betätigung, sondern er strebt auch danach, sich geistlich weiterzubilden. Er zeigt eine große Vorliebe für gemeinsame Musikübungen und Chorgesang. Die Volksbibliotheken sind besuchter als je; Liebhabertheater stehen in Blüte.

Die qualitativen Wirkungen der verkürzten Arbeitszeit lassen sich natürlich nicht so leicht erfassen wie etwa die Ausdehnung des Sportbetriebs und des Kinobesuchs. Aber sie sind dafür um so wichtiger.

In den Kammerspielen ist die Erstaufführung der Komödie „Das Zeichen an der Tür“ auf Freitag verlegt worden. In den Konzerten des Hochschulchors unter Leitung von Siegfried Doh sollen im nächsten Winter u. a. die drei großen Messenwerke, die H-moll-Messe von Bach, Beethovens Missa solennis und die F-moll-Messe von Brahms, zur Wiedergabe gelangen. Die Konzerte werden zum Teil in der Philharmonie stattfinden.

Das Elend der Rechtsphilosophie.

Der Jurist der Deutschnationalen.

In der deutschnationalen Presse taucht von Zeit zu Zeit der Name eines abgedankten Reichsgerichtsrats auf, der die konfusesten Rechtslehren zu decken berufen ist. Der Mann nennt sich Wittmahl und bemüht sich redlich, das Vertrauen der Reaktionäre zu rechtfertigen. Gegenwärtig veröffentlicht er in der „Kreuzzeitung“ einen Artikel über die Reparationsleistungen und das Völkerrecht. Er kommt dabei zu der wunderbaren Darlegung, der Abschluß eines Vertrages zwischen dem Deutschen Reich und den alliierten Mächten über die fernere Gestaltung der Reparationsleistungen bedeute nichts anderes als die Wiedereinführung der Sklaverei in Europa. Diese verdrehte politische Erfindung wird folgendermaßen „juristisch“ zu begründen gesucht:

In Frankreich bestimmen die Grundrechte für die Menschen und die Bürger, daß der Mensch frei geboren wird und keiner Art Knechtschaft oder Leibeigenschaft unterworfen werden darf. Die französische und die anderen feindlichen Regierungen verlangen dem Deutschen in seiner Heimat eine solche Freiheit. Er wird geboren als erbenuntätig, er muß für die dem Vater aufgelegten Schulden haften. Die nordamerikanische Verfassung bestimmt, daß weder Sklaverei noch irgendwelche unfreiwillige Dienstbarkeit, mit Ausnahme einer als Strafe wegen eines Verbrechens verhängten, innerhalb des Gebietes der Vereinigten Staaten oder ihres Machtbereichs bestehen soll. Wird denn über Deutschland nicht eine Sklaverei oder unfreiwillige Dienstpflicht verhängt? Fällt es nicht unter den Begriff der Sklaverei, wenn der Sohn vom Vater Schulden übernehmen muß, die er ebensoviele, wie der Vater tragen kann und die ihn zu schwerer Arbeit zwingen? Man scheint bei jener Vorschrift nur an den Schutz der Reger gedacht zu haben, sonst würde es unverständlich sein, wie die nordamerikanische Regierung helfen kann, die Deutschen in mehreren Generationen zu der unfreiwilligen Abarbeitung der Kriegskosten zu zwingen. Wenn es sich um Reger handelte, würde solche Maßregel höchst wahrscheinlich in Nordamerika auf den empfindlichsten Widerstand stoßen. Nehrt sich auch die englische Regierung zur Sklaverei. Dessen ungeachtet hat sie kein Bedenken getragen, in Deutschland die späteren Generationen zu belasten.

Wunderbar, was für seltsame Käuze einmal beim Reichsgericht als Richter haben mitwirken dürfen! Wenn es schon „Sklaverei“ ist, daß die jüngeren Generationen von Völkern für die Schulden ihrer Väter haften müssen, dann befinden sich wohl alle Staaten Europas in solcher Sklaverei. Hat doch sogar Sowjetrußland, das seinerzeit alle zarischen Schulden aus seinen Büchern austilgen zu können glaubte, diese Verpflichtungen nachträglich wenigstens zu einem Teil wieder anerkennen müssen. Selbst ein abgedankter Reichsgerichtsrat, sicher aber die Redaktion der „Kreuzzeitung“, die seine juristische Weisheit abdruckt, sollte wissen, daß bei den Verhandlungen in London die sogenannten interalliierten Schulden eine nicht unerhebliche Rolle spielen, daß Frankreich, Italien und Belgien an England und Amerika und sogar Großbritannien selbst an Amerika außerordentlich verschuldet sind, und daß, wenn diese Schulden der Väter abgetragen werden sollen, die Söhne aller Nationen noch Jahrzehnte damit belastet sein werden. Sie befinden sich also ebenso unfreiwillig in „Schuldenzinsknechtschaft“ wie das deutsche Volk, aber sie haben sicher nicht Juristen, die so konfuse Theorien aufstellen.

Es fehlte etwas in dem Wilde, wollten wir nicht registrieren, daß die „Kreuzzeitung“ zum Schluß dieser Weisheit die Versicherung ausspricht, man dürfe nur Hoffnung hegen, wenn an die Stelle der gegenwärtigen Regierung eine deutschnationale getreten sein werde. Dann endlich würde „den Deutschen eine Behandlung zuteil, wie den Regern!“

Solche Behandlung ist allerdings dem größten Teil des deutschen Volkes nicht unbekannt. Wo die Junfer von altem Schrot und Korn herrschten, sind die Arbeiter immer wie Reger behandelt worden.

Kommunistische Berichterstattung.

Durch die ganze kommunistische Presse Deutschlands lief über die Greifswalder Vorgänge, die wir eingehend behandelt haben, folgender Bericht:

Faschistenüberfall auf Henry Barbusse.

Greifswald, den 6. August 1924. Die am Montag in der Stadthalle veranstaltete Demonstration der Kommunisten gegen den Krieg und für den Bürgerkrieg wurde von Faschisten überfallen, die aus Pommern und Mecklenburg zusammengekömmt waren. Die Arbeiter schlugen die Angreifer zurück. Die Faschisten schossen mit Revolvern. Es gab Schmerzerkundete und Verwundete auf beiden Seiten. Die Polizei griff zur Unterdrückung der Faschisten ein, verhaftete Barbusse und Schob ihn ab.

Es ist wirklich in diesem Bericht nicht ein einziges Wort, was nicht erlogen ist. Es handelte sich nicht um eine kommunistische Demonstration „gegen den Krieg und für den Bürgerkrieg“, sondern um eine Veranstaltung der Greifswalder Gewerkschaften mit dem Thema: „Nie wieder Krieg“. Barbusse hat in der Versammlung nicht gesprochen, war auch gar nicht in Greifswald. Die Polizeischütze die genehmigte Versammlung. Wenn jemand verprügelt worden ist, dann höchstens die östlichen Radaubröder, auf deren Veranlassung die Deutschnationalen durch eine Interpellation im Preussischen Landtag die Verlesung der Greifswalder Polizei und die Absetzung des Regierungspräsidenten verlangten. Man begreift, daß es den Kommunisten peinlich ist, gegen die Deutschnationalen und für die Polizei in diesem Falle Stellung zu nehmen.

Am übrigen beschäftigt sich auch die „Germania“ jetzt mit den Greifswalder Vorgängen und sie kommt zu demselben Ergebnis wie wir: Wenn die Versammlung einmal genehmigt war, mußte sie auch polizeilich geschützt werden.

„Das, was als tief bedauerlich festgestellt werden muß, ist die Tatsache, daß radaulustige Elemente — als Sprengstoffome eingedrungen — eine Friedenskundgebung benutzten, ihre abweichende politische Gesinnung handgreiflich darzutun. Nur gegen diese ruhestörenden Elemente sollte sich die allgemeine Entrüstung richten, nicht gegen die Behörden, die die Abhaltung der Versammlung zugelassen und geschützt haben. Nur unter Barbaren gilt das Argument der Faust, bei kultivierten Völkern gilt der Geist, den gegen rohe Vergewaltigung zu schützen, Aufgabe des Staates ist und bleibt.“

Das alles ist unter anständigen Menschen vollkommen selbstverständlich. Aber ist das rüchhaltige Bekenntnis der Deutschnationalen und Deutschnationalen zum wüsten Radauterror bei uns nicht eine tief eingetragene Krankheit? Hoffen wir, daß im Preussischen Landtag den Deutschnationalen nicht nur von der Sozialdemokratie gründlich die Wahrheit gesagt wird.

Korridorfahrt.

„Marienburg!“ Endlos dehnt sich der Aufenthalt. Der Zug wird von den polnischen Beamten übernommen. Eifrig läuft der polnische Zugführer von Wagen zu Wagen und notiert die Wagnummern, ihm folgt der Mann mit dem geheimnisvollen Hammer, ein Rästel für viele Reisende, der seine Lebensaufgabe darin sieht, die Kofferbüchsen mit seinem Werkzeug zu beklappen. Jetzt kommt der deutsche Beamte durch den Zug und zählt die Urlassen — eine schwere Aufgabe, da dieser einzige Zug, der als beschleunigter Personenzug mit vierter Klasse Ostpreußen mit dem Reich verbindet, stets überfüllt ist. Ihm folgt der Reichswehrsoldat, der nach den Durchgangsbestimmungen den Zug auf Reichswehrgelände kontrolliert, um ihnen die Seitenwaffen abzunehmen, die im Postwagen mitgeführt werden. Schußwaffen dürfen überhaupt nicht mitgenommen werden. Endlich ist es so weit, der Zug rollt an. Noch einige Zeit deutsches Gebiet, dann geht es über die lange Weichselbrücke hinüber nach Dirschau, hinein nach Polen. Es beginnt eine langwierige Fahrt. Reulinge versuchen polnische Namen auszusprechen, was trotz aller Zungenverrenkungen selten gelingt, bis sich ein aus dem gemischtprachigen Gebiet Stammerender erbarnt und die Namen richtig ausspricht und in die alte deutsche Bezeichnung überseht. Wie gewöhnlich findet sich auch der Raide, der angesichts der Bahnhofsur kopfschüttelnd feststellt, daß seine Uhr eine ganze Stunde vorgeht. Er stellt sie „richtig“, da er doch der Bahnhofsur richtig geben muß. Nun, in Schwedemühl wird er feststellen müssen, daß seine Uhr wieder eine Stunde „nach“ geht. Er weiß eben nicht, daß die polnische Zeit um eine Stunde mit unserer differiert.

In der äußerlichen Kennzeichnung ihres Gebietes sind die Polen rabiat vorgegangen. Überall an den Wegschranken ist die schwarzweiße preussische Bemalung durch die rotweiße ersetzt worden. Auch alle Bezeichnungen auf den Bahnhöfen sind polnisch. Sogar die Firmenschilder in den Städten, soweit man das vom Zug aus beobachten kann, sind polnisch, trotz deutscher Namen. Nur in Br. Stargard oder Stargrad, wie es jetzt heißt, hat eine große Brennerei auch äußerlich ihre deutsche Firma bewahrt.

Endlich König mit dem unaussprechlichen polnischen Namen. Hier wieder der umgekehrte Vorgang wie in Marienburg. Jetzt übernehmen deutsche Beamte den Zug. Auf dem Bahnsteig pendeln polnische Polizeibeamte auf und ab. Ihre Aufgabe ist, das Öffnen von Fenstern und Türen zu verhindern, was bekanntlich in den deutschen Zügen auf polnischen Stationen verboten ist. Sie erledigen sich ihrer Aufgabe aber mit großer Höflichkeit, wie überhaupt der polnische Beamte sehr entgegenkommend ist. Dann geht's weiter, der Grenze entgegen. Die gedrückte Stimmung, die im Abteil herrscht, beginnt langsam zu weichen. Da stehen draußen deutsche und polnische Grenzbeamte in friedlichem Gespräch miteinander. Wir sind in Deutschland.

Gentleman-Einbrecher.

Faschistenkletterer Wilhelm v. Keudell wieder unter Anklage. Eine dreizehnköpfige Einbrecher- und Hehlerbande hatte sich heute vor dem Erweiterten Schöffengericht Charlottenburg, dessen Vorsitz Langenichtstrat Ede führte, zu veranworten. Bezeichnend ist, daß unter den Hehlern der Kaufmann Johann Sauer sich unter Anklage befindet, der gegenwärtig eine fünfjährige Zuchthausstrafe in der Strafanstalt Brandenburg a. d. H. verbüßt.

Sauer war ein hervorragendes Mitglied der siebzehnköpfigen Einbrecher- und Hehlerbande Adelt und Genossen, deren meiste Mitglieder sich jetzt hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern befinden. Die „Genossenschaft“ arbeitete in getrennten Diebes- und Hehlergruppen und war mehrgliedrig. Die Einbrüche, die jetzt zur Aburteilung gelangen sollen, wurden von dem Bäcker Dürre und dem Kaufmann Paul Raciocel verübt. Das Verfahren gegen Raciocel mußte jedoch wegen Geisteskrankheit des Angeklagten eingestellt werden, und dieser ist jetzt nur als Zeuge zu betrachten, da auch seine Mutter, die Pensioninhaberin Emma Raciocel, als eine der Haupthehlerinnen unter Anklage steht. Eine weitere Hehlerin ist eine Frau Dorothea Stoa, die schon fünfmal wegen Kuppel und auch wegen Diebstahl und Hehlerei, zuletzt mit zwei Jahren Gefängnis, bestraft worden ist. Mit der Mutter zusammen ist ihre Tochter Rosa, die aber zurzeit nicht auffindbar ist, und die beiden Söhne, der Ingenieur Friedrich und der Jodan Theodor Stoa, angeklagt. Gegen Wilhelm v. Keudell soll in Charlottenburg auch zugleich in zwei Strafsachen mitverhandelt werden, die bisher bei den Landgerichten Kassel und Dresden geführt wurden. Von Keudell, der bereits wegen der Teilnahme an fünf Einbrüchen, die mittels Faschistenkletterei verübt worden waren, vom Schöffengericht und Landgericht zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt worden ist, wird beschuldigt, im Januar 1923 auf dem „Weißen Hirsch“ bei Dresden einem Privatmann mittels Einbruchs einen Pelz entwendet und bei einer Witwe einen Einbruchversuch begangen zu haben.

Die Angelegenheit, die ursprünglich vor dem Landgericht in Kassel zuständig war, ist eine in ihrer Eigenart wohl einzig dastehende: Der Täter hat nämlich gewissermaßen bei sich selbst eingebrochen. Am Latenfonntag 1922 besuchte er das seinem Vater, dem inzwischen verstorbenen Jeronimenmeister des früheren Kaisers Ferdinand v. Keudell gehörende Familienschloß Schwebda bei Schwabe und ließ sich vom Schlossaufseher herumführen. Er befahl sich dabei genau die Teppiche und einige Koffer. Am folgenden Tage waren aus dem Schloß sämtliche Teppiche und Koffer verschwunden. Es war in der Nacht ein Einbruch verübt worden, der von mehreren Personen vollführt sein mußte. Die Täter waren auf das Dach eines Küchenanbaues geklettert, hatten von dort aus ein großes Dachfenster eingeschlagen und auf diese Weise in das Schloß eingebrochen. Der Vater selbst hatte Strafantrag gestellt. Nachdem der Vater gerade am Terminstage, an dem gegen Wilhelm v. Keudell wegen der Berliner Einbrüche verhandelt wurde, gestorben war, ist v. Keudell Miterbe des Familienschlosses geworden und damit Eigentümer der von ihm selbst nach der Anklage gestohlenen Sachen. In der Einbruchssache Raciocel-Sauer konnte v. Keudell nur als Fehler in Frage kommen. Die gegenwärtig zu verhandelnden Einbruchsdiebstähle sind verübt worden im Winter 1922 bei einem Dänen Swoanholm, dem mehrere Perlenfolliers, wertvolle Goldschmuck und Pelze gestohlen wurden.

Ein Nachfolger Klantes verhaftet.

Mit dem Treiben der Wettkonzerne, das seiner Zeit eine große Aufregung im Publikum verursachte, wird sich der Strafrichter noch einmal zu beschäftigen haben. Nach dem Satten Klante hatte auch ein Kaufmann Reinhold Müller in Kartshorst einen Wettkonzern gegründet. Auch dieser endete mit einem großen Krach und einer schweren Schuldenlast. Die Staatsanwaltschaft ertieß nach den Ermittlungen der Kriminalpolizei einen Haftbefehl gegen Müller, aber er war nirgends zu finden. Während man vermutete, daß er trotz der entgegengesetzten Schwierigkeiten einen Weg ins Ausland gefunden habe, hielt sich Müller immer noch in Groß-Berlin auf. Die Beamten der Inspektion C fanden vor einiger Zeit schon einige Spuren von ihm, aber jedesmal, wenn sie zuschauen zu können glaubten, griffen sie immer wieder in ein leeres Reß. Vor einigen Tagen zeigten die Beobachtungen, daß Müller wieder Verbindung mit seiner Frau, die im Zentrum Berlins wohnt, suchte. Sie liehen nun die Frau nicht mehr aus den Augen und folgten ihr gestern unauffällig, als sie nach Grünau hinausfuhr. Dort hatte sich Müller bereits eingefunden und als er sich mit seiner Frau an

Walde getroffen hatte, und mit ihr in der besten Unterhaltung war, überrasteten ihn die Beamten und nahmen ihn fest. Der Verhaftete will ebenso unschuldig sein wie Klante. Er meint, daß die Staatsanwaltschaft ihn besonders hasse, während früher auch hohe Beamte ihr Geld bei ihm angelegt hätten, um recht viel zu verdienen. Müller wurde dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Verfassungsfeier in einer Kleinstadt.

Aus Beeskow wird uns berichtet: „Auf Wunsch der Staatsregierung“, wie der „Festredner“, der Kreisrat des Kreises Beeskow-Storow, ausführte, hatten sich am Montag die Schulen und die Vertreter der örtlichen Behörden Beeskows, soweit sie nicht durch dringende Geschäfte verhindert waren, wie der Vorsteher des Wasserbauamts, zur Feier der Verfassung zusammengefunden.

Die, ähnlich Berliner Mietskalkern, stark reparaturbedürftige Hofansicht der Schule mußte den sonst üblichen Schmuck und Wohl auch die Reichsflagge ersetzen. Mit wohl abgewogenen Worten umschrieb der Redner die „Knechtseligkeit gewisser Kreise unseres Volkes“, die an eine Verständigung glauben. Nur die endlich entfaltete Freiheitsbewegung wird uns wieder unseren Platz schaffen. Wir haben nichts gemein mit Franzosen und Holländern (!) und wie sie sonst heißen mögen!“ Die Welt wird noch einmal an deutscher Größe genesen! Die Einleitung und der erste Artikel der Verfassung war alles, was der Redner von ihr zu sagen hatte. Lange Ausführungen über den Begriff Volk zum Unterrichts von der Herbe folgten. Die Herbe, die unvernünftige Kreatur, findet sich zusammen, wenn Gefahr droht und schlägt mit den Füßen um sich. Wir stehen höher wie das Tier. Wir haben eine Ehre. Solange die Schulbänke besetzt, kann es keine Verständigung geben. Leider fehlen uns die Waffen, um dem Feinde gebührend zu antworten. Die Knechtseligkeit (nach einmal) muß verschwinden. Wir müssen wieder Persönlichkeiten hervorbringen. Wir hatten einen König Friedrich der Große sagte uns sich, er sei der erste Diener seines Staates, und Kaiser Wilhelm I., der auf dem Sterbebette noch sagte: Ich habe keine Zeit, müde zu sein.

Zugegeben, eine Kaiser-Geburtstagsrede mag für einen deutschnationalen Kreisrat angenehmer sein. Aber wenn er am Verfassungstage der Republik der Jugend nichts anderes zu sagen weiß, als das Bestreben der Reichs- und Staatsregierung und den Wunsch des größten Teiles der Bevölkerung, mit den anderen Völkern zu einer Verständigung zu kommen, mit Knechtseligkeit zu bezeichnen, dann mag er die Finger davon lassen. Der Arbeiterkampf aber wird klar werden, daß sie solchen „Verfassungsfeiern auf Wunsch der Staatsregierung“ durch reaktionäre Beamte ihre eigenen machtvollen Rundgebungen entgegensehen muß.

Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz.

Im Bürgeraal des Rathauses hielt der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt und Kinderschutz seine Jahresversammlung ab. Genosse Lodenhagen gab im Geschäftsbericht einen Ueberblick der Tätigkeit im verfloffenen Jahre. Er betonte, daß die Partei in ihrer grundsätzlichen Einstellung die Wohlfahrtspflege als eine Aufgabe der Dessenlichkeit betrachte. Es gelte für uns, unsere Ansichten in der öffentlichen Arbeit zur Geltung zu bringen. Die Auswirkungen des Inflationswinters sind schlimmer als die des Kohlrübenwinters. Die Arbeiterwohlfahrt ist unausgesetzt tätig gewesen, um helfen einzugreifen. Sie hat gemeinsam mit der Rothhilfe und dem Rotdienst gearbeitet, aber auch eigene Einrichtungen geschaffen, beispielsweise Küchenbetriebe in der Blumen-, Danziger und Oberberger Straße sowie in Weihensee und Köpenick. Ferner wurden Ernährungshilfe ausgegeben. Der Arbeiterjugend wurde mit Geld ausgeholfen, damit sie ihr Heim am Quenzsee errichten konnte. Einen ganz ungeahnten Umhang hat die Erholungsfürsorge angenommen, der man in heutiger Zeit besonders Wert beimessen muß. 700 Kinder wurden verschickt. Da war es mitunter eine nicht leichte Aufgabe, den Kleiderböden abzuhelfen. Von unseren Berliner Genossinnen und Genossen sind etwa 3500 in der Wohlfahrtspflege tätig. Um sich auf eigene Füße stellen zu können, schlug die Rednerin vor, dem Bezirksrat den Antrag zu unterbreiten, in Berlin von den Parteigenossen einen Monatsbeitrag von 10 Pf. für die Arbeiterwohlfahrt zu erheben. Bei den Wahlvorschlügen zum Bezirksausschuß wurde der bisherige Ausschuß wiedergewählt, und zwar die Genossinnen Dörs, Köder, Eisfelder, Jochim, Hornisch, Stoa, Lodenhagen und der Genosse Friedländer. Für die verstorbene Genossin Demming wurde nach Stilmahl zwischen den Genossinnen Wuttke und Schmitz, die Genossin Schmitz gewählt. Als Delegation nach Hannover wurden gewählt die Gen. Wuttke, Wollstein, Köder, Hornisch, Dörs, Jochim, Schmitz und Eisfelder. Die Genossin Wachenheim sprach zu der Wohlfahrtslogung in Hannover. Es wurden folgende Anträge angenommen: in Berlin einen Monatsbeitrag von 10 Pf. für die Arbeiterwohlfahrt zu erheben, wenn freie und städtische Wohlfahrtspflege im Reich zusammenarbeiten, soll die städtische Wohlfahrtspflege die Leitung übernehmen, ferner der Anschluß der Arbeiterwohlfahrt an das Kulturfortell.

Feuer in einer Spandauer Fabrik. Heute früh brach in der Riederneuborfer Allee in Spandau bei der Pappfabrik Bertel Großfeuer aus. Das Feuer, das sich sehr schnell verbreitete, erlosch bald die gesamte Kesselanlage, den Dachstuhl und die Inneneinrichtung. Erst nach mehrstündiger Arbeit gelang es der Spandauer Feuerwehr, mit zwei B- und einem T-Rohr das Feuer zu löschen. Die Aufräumungsarbeiten dauerten noch bis in den Vormittag hinein. Der Schaden ist sehr erheblich.

Sprechchor für proletarische Feiertunden. Morgen Donnerstag, 14. August, 7½ Uhr, findet im Gelangsaal der Sophienstraße, Weinmeisterstr. 16, die erste Uebungshunde nach den Sommerferien statt. Es ist unbedingt notwendig, daß alle Mitglieder pünktlich erscheinen, da das Winterprogramm besprochen wird und die Zeichnungskisten für das Abonnement zu den „Feiertunden“ ausgegeben werden.

Verloren. Der Verband der Lithographen, Steinbrucker und verw. Verleiht und mitzuteilen: Auf dem Wege von der Alexandrinenstr. 44 zur Rathausstraße, hat ein Unterfahrer ein Paket verloren. Inhalt: Mappe mit Vertragsmarken à 1,20 M., à 70 Pf. und à 55 Pf., Buch, in dem die bezahlten Beiträge eingetragen sind, Briefhülle aus Leder mit 50-70 M., Stempel (ges. Berlin 100) mit Stempelstein, schwarzes Mitgliedsbuch, auf den Namen Kurt Schumacher lautend (Buchnummer 52747). Der ehrliche Finder wird gebeten, die Sachen auf dem Verbandsbureau Engländerstr. 2/3, Verband der Lithographen, Steinbrucker und verw. Verleiht, abzugeben.

Drei Personen an Pilzvergiftung gestorben. Die „Dresdener Neuesten Nachrichten“ melden aus Reichenbach in Schlesien: Am neuen Wellau ist die Dachdeckerfrau Kühnel mit ihren zwei Kindern im Alter von 3 und 1 Jahre an einer Pilzvergiftung gestorben.

Parteinachrichten für Groß-Berlin
Einblendungen für diese Rubrik sind
Berlin, S. W. 6, Lindenstraße 2.
Nicht an das Bezirkssekretariat,
2. Hof, 2. Korp. rechts, zu richten.

2. Hof, 2. Korp. rechts, zu richten.
2. Hof, 2. Korp. rechts, zu richten.
29. Hof, 2. Korp. rechts, zu richten.
31. Hof, 2. Korp. rechts, zu richten.
122. Hof, 2. Korp. rechts, zu richten.
und Schabert bei R. Jacobi, Marzahn Str. 31. Postzusteller als Güte willkommen.

Jugendveranstaltungen.
Verbelegte Oberpost. Der Kreis-Ausschuß hat nicht heute, sondern morgen, Donnerstag, im Jugendheim Köpenick statt.

Gewerkschaftsbewegung

Aus Ost-Oberschlesien.

Man schreibt uns:

Der Kampf in Ost-Oberschlesien wird wider Erwarten still, aber läßt weitergeführt. Bei den Verhandlungen in Warschau mit den Vertretern der Regierung ist die Regierung insofern vor dem einmütigen Austritt der Arbeitervertreter zurückgewichen, als sie feierlich versichert, sie denke nicht daran, die verlängerte Arbeitszeit auch auf die Gruben Ost-Oberschlesiens auszudehnen. Ja, sie würde jeden Versuch der Industriellen, in den Gruben die Arbeitszeit zu verlängern, mit den schärfsten Mitteln verhindern. Somit ist die Forderung der ober-schlesischen Industriellen von der Warschauer Regierung nicht angenommen worden. Allerdings, ein Pferdefuß ist auch dabei: Die Regierungsvertreter meinen, die eventuelle Verlängerung der Arbeitszeit in den Kohlengruben überlasse sie der freien Vereinbarung der Arbeiter mit den Grubenbarren. Die Verordnung vom 18. Juli über die zehnstündige Arbeitszeit gelte jedenfalls nur für die Eisen- und Zinkhütten.

Der Regierung ist in den letzten Tagen schwer eingeholt worden. Nicht nur, daß die Arbeitervertreter ihr so manche bittere Wahrheit sagten, auch der sonst so zahme christlich-gewerkschaftliche „Bios“ wirft gewissen höheren Beamten vor, daß sie mit den ost-schlesischen Unternehmern sehr intim bei Tee und Schnaps verkehren. Das Blatt wird von dem abgeordneten Stowronnel redigiert, der seinerseits wieder dem Minister Redron sehr nahesteht. Als dieser Teil der Zeitung in der Konferenz am Donnerstag verlesen wurde, sprang der Arbeitsminister Darowski ganz erregt auf und bezichtigte eine solche Schreiberlei als gegen den Staat gerichteten Stachel. Er sprach weiter von Provokation, Demagogie und Bolschewismus. Eine Ansicht, in der ihn der abgeordnete Rott von den nationalen Arbeiterverbänden unterstützte.

Besentlicher als die Kohlagereien in Warschau, die beinahe ergebnislos endeten, ist die Spannung in Ost-Oberschlesien selbst. Auch die Aufständischen, diese ergabene Garde Koriantos, die in den ersten Tagen des Streiks gemeinschaftlich mit Polzei und dem Militär die Gruben und Werke bewachen halfen, haben in der Nacht vom Donnerstag zum Freitag diesen Dienst verweigert. Auch sie erklären sich heute mit den Aufständigen selbständig. Was das bedeutet, wird deutlicher, wenn man sich vergegenwärtigt, daß im Besitze dieser Leute immerhin noch annähernd 60 000 Gewehre sind, die sie nach dem letzten Aufstand abzuliefern versagten. Zugleich liegt außerhalb des engeren ost-schlesischen Industriegebietes, in Dombrowa und nach Krakau zu, ebenfalls eine Agitation für den Solidarisitätsstreik ein, wozu auch dort sich die Arbeiter durch die ersten, etwas unverständlichen und auslegbaren Mitteilungen der Regierung bedroht fühlen. Daß diese Situation von den Bolschewisten fröhlich ausgenutzt wird, verriet sich am Rande. Die Emissäre der kommunistischen Partei entwickeln eine recht lebhaftige Tätigkeit. Und sie finden Boden. Die Regierung versucht freilich, kampflos die Ordnung aufrechtzuerhalten. Eben hat sie erst den Vier Rat der Kommunisten in Katowitz aufgehoben und das Zentralkomitee der Partei in Warschau verhaftet. Daneben muß sie in Ost-Oberschlesien noch gegen die deutschen Selbstschützer auf dem Posten sein. Bieweil sie da Gespenster sieht, ist allerdings schwer zu sagen. Jedenfalls ist sie hier lieber etwas mehr als weniger, um sich keine Sorgen machen zu lassen. Im Auftrage der Nationalen Staatsanwaltschaft sind am 7. August sechs Beamte der Debrückhütte, die in Ratelschau, also auf polnischem Boden, wohnen, verhaftet worden. Sie sollen eine geheime Militärorganisation ins Leben gerufen haben.

Nimmt man zu diesen Unannehmlichkeiten noch die Schwierigkeiten, die der polnischen Regierung ohnehin an der Ostgrenze des Reiches erblühen, dann kann man verstehen, daß sie Frieden mit den ost-schlesischen Arbeitern haben will. Denen aber sind die Zugeständnisse, die ihnen in Warschau gemacht wurden, denn doch zu gering. Keine der Organisationen hat den Vermittlungsversuch angenommen. Man will es einer gemeinsamen Versammlung, die in den nächsten Tagen zusammengerufen werden soll, überlassen, zu entscheiden. Inzwischen steigt allerdings die Rot der Arbeiter und damit auch die Verbitterung. Möglich, daß sie plötzlich zusammenbrechen. Aber auch sehr leicht, daß sie einen Verzweiflungsschritt tun, der dem Lande vielleicht recht teuer zu stehen kommt.

Es ist also nicht soziales Empfinden allein, das die polnische Regierung dazu trieb, dem Internationalen Arbeitsamt nahezufragen, daß es die deutsche Regierung veranlassen möge, die Washingtoner Beschlüsse, wenigstens für Ost-Oberschlesien, unter keinen Umständen außer Kraft zu setzen. Tatsache ist weiter, daß die deutsche Industrie durch die niedrigeren Löhne und die längere Arbeitszeit leider einen recht traurigen Vorteil gegenüber der polnischen Industrie hat. Aber das allein rechtfertigt natürlich nicht die unerhörten Forderungen der polnischen Industriellen. Doch es ist ein guter Vorwand

für sie, den Arbeiter zu schrauben. Die „Rot des Staates“ ist ihnen dabei ganz gleichgültig. Der mag sehen, wie er mit seinen hungernden Untertanen fertig wird.

Nicht nur uns Deutscheschlesier, dem ganzen Reiche kann es nicht gleichgültig sein, was sich hier unten abspielt. Dazu sind die Verhältnisse in Polen doch zu wenig konsolidiert, die Ostgrenze am bolschewistischen Rußland zu ungeheuer lang, die Industriearbeiterschaft allzu wenig gefestigt und aufgeliert. Sehr leicht kann sich der Brand, wenn ein Sturmwind ihn anbläst, auf die deutsche Grenze schlagen. Ist die deutsche Regierung das, was sie sein soll, dann versuche der Arbeitsminister schleunigst, ein Versehen wieder gutzumachen. Unter keinen Umständen dürfen die Arbeitsverhältnisse in West-Oberschlesien verschlechtert werden. Leider hat der jüngste Schiedsspruch in der Eisenindustrie Ost-Oberschlesiens gezeigt, daß die Herren im deutschen Arbeitsministerium das drohende Gewitter im Osten nicht aufsteigen sehen.

Aber noch eins: Wir haben schon einmal Europa stark gefährdet. Damals, als Ludendorff, dieses politische Kleinhirn, die Bolschewisten in plombierten Wagon nach Brest-Litowsk schickte. Das hat dem Deutschen Reiche Lehrgeld genug gekostet. Will die deutsche Regierung etwas Ähnliches wieder versuchen? Hoffentlich nicht. Jedenfalls bitten wir Oberschlesier, davon abzusehen, wir haben genug davon. Unser Bedarf an Stahlfabrikanten ist in den letzten Jahren mehr als penibel gedeckt worden. Vor einer Diplomatie, die sich retten will, indem sie dem Nachbar die Scheune ansteckt, bewahre uns der Himmel!

Gehaltsstreitigkeiten bei der Reichskredit A.G.

Die Angestellten der Reichskredit A.G. haben seit 1. Februar dieses Jahres trotz Abreden der maßgebenden Organisationen — Zentralverband der Angestellten und Allgemeiner Verband der Bankangestellten — einen Haustarif abgeschlossen, dessen Bestimmungen sich anlehnen an die des Tarifvertrages für das Bankgewerbe. Da seit Juni keine tarifliche Gehaltsregelung im Bankgewerbe besteht, ist der Schlichter von Groß-Berlin zur Entscheidung über die Gehaltsstreitigkeiten bei der Reichskredit A.G. angerufen worden.

Obwohl die Reichskredit A.G. vornehmlich mit Reichsmitteln arbeitet und Aufgaben des Reiches zu erfüllen hat und auch finanziell in der Lage ist, ihre Angestellten wie die Angestellten der Reichsbank und der Preussischen Staatsbank zu entlohnen, bleiben die Gehälter in der Reichskreditgesellschaft um 30 bis 50 Prozent hinter denen der staatlichen Bankangestellten zurück.

Ein Vergleichsvorschlag des Schlichters, der eine Erhöhung der Gehälter um 10 Prozent vorschlug, wurde von der Reichskredit A.G. abgelehnt. Am 7. August wurde daher ein Schiedsspruch gefällt, der die gleiche Erhöhung vorschlug. Die Angestellten haben diesen Schiedsspruch angenommen; ob die Reichskredit A.G. diesen Schiedsspruch annimmt, ist noch zweifelhaft.

Auch das Arbeitszeitabkommen hat zu erheblichen Differenzen bei der Reichskredit A.G. geführt. Die Angestellten müssen aus dem Verhalten der Leitung der Reichskredit A.G. die Behre ziehen, daß sie ihre berechtigten Forderungen nur durch Zusammenschluß in der freigewerkschaftlichen Angestelltenorganisation erreichen werden.

Kommunistische Betriebsratswahlagitation.

Unter der vielversprechenden Überschrift: „Ein Judas im Bergmann-Elektrizitätswerk, Seestraße“ brachte die „Rote Fahne“ am 9. August eine Geschichte, in der unser Genosse Paul Werner eine Judasrolle gespielt haben soll. Die kommunistischen Betriebsräte machten im November mit den Arbeitern von Bergmann eine Demonstration auf dem Fabrihof. Die Beteiligten, etwa ein Viertel der Beschäftigten, wurden entlassen. Vor ihrer Wiedereinstellung hätten sie einen Revers zu unterzeichnen, wodurch sie auf alle Rechte aus dem bisherigen Arbeitsverhältnis, wie Urlaub, verzichteten. Trotzdem forderten die Arbeiter in diesem Jahre auf Grund der Dauer des früheren Arbeitsverhältnisses in Verbindung mit der Zeitdauer des neuen Arbeitsverhältnisses entsprechenden Urlaub. Die Firma weigerte sich, den im November Entlassenen Urlaub zu gewähren, weshalb Klage beim Gewerbegericht angestrengt wurde.

In der „Rosen Fahne“ wird behauptet, der Kollege Paul Werner, Kolonnenstr. 27, Mitglied der SPD. und des DGB, sei beauftragt worden, diese Klage anhängig zu machen. In Wirklichkeit haben der Betriebsrat D. Schmidt (USA) und Seidel (KPD.) die Klage auf den Namen Werners (als einzigem Kläger) erhoben, ohne zuvor die Zustimmung Werners hierzu einzuholen.

Drei Tage vor dem angelegten Termin sei „der SPD.-held Werner“ plötzlich aus dem Betrieb verschwunden. „Er kündigte selbst, unterzeichnete einen Revers unter Verzichtleistung jeglicher Ansprüche, ohne seine Kollegen oder den Betriebsrat in Kenntnis zu setzen. Durch diesen Streich opferte dieser erbärmliche Wicht die Urlaubsberechtigten hundert Kollegen und Kolleginnen, um eine Lagerhalterstelle bei der Konjunktionsgesellschaft anzunehmen.“

In Wirklichkeit war es dem Betriebsrat — und nicht nur diesem — seit Januar bekannt, daß W. mit seiner Einstellung bei der Konjunktionsgesellschaft rechnen konnte, weshalb er jeden Kosten absehte. Am 31. Juli gab W. dem Betriebsrat Kenntnis davon, daß er ab 1. August bei der Konjunktionsgesellschaft angestellt wird. Gemeinsam wurde in die Urben Einsicht genommen und das Notwendige besprochen. Die beiden Betriebsräte sagten kein Wort davon, daß mit dem Ausschleiden von Werner aus dem Betrieb die Gewerbegerichtsstelle gegenstandslos werde. Er ersucht dies erst am 2. August durch folgenden Schreiben des Betriebsrats:

„Bester Kollege! In Deinen Klagefaden, betreffs Urlaub, gegen die Firma Bergmann Elektrizitätswerke A.G. teilen wir Dir folgendes mit: Da Du aus der Firma ausgetreten bist, mithin Dein Urlaub hinsichtlich geworden ist, sehen wir uns gezwungen, Deinen Prozeß (!) vor dem Gewerbegericht rückgängig zu machen.“

Mit kollegialen Gruß
Der Betriebsrat: (Unterschrift) Schmidt.

Auf Ersuchen des Betriebsrates, vorläufig noch zur Betriebsratswahl zu kandidieren, hatte Werner seine Zustimmung gegeben. Daraus soll nicht nur ein neuer Strich für ihn gebreht, sondern vornherein die freigewerkschaftliche Liste diskreditiert werden, um die Agitation für die kommunistische Kandidatenliste einzuleiten. Dasse sich kein Gewerkschaftsmitglied durch diese „Judas“-Schwindelgeschichte irre machen. Kommunisten können nicht Betriebsräte sein. Betriebsräte nicht Kommunisten, da die Kommunisten die Parolen der KPD-Zentrale apportieren müssen, was sich mit der Aufgabe der Betriebsräte nicht in Einklang bringen läßt.

Zur Lage im Bankgewerbe.

Nachdem die Einigungsverhandlungen über den Schiedsspruch des Reichsarbeitsministers an der Hartnäckigkeit der Organisationsvertreter der Bankherren gescheitert sind, bleibt nur noch die Entscheidung über die beantragte Verbindlichkeitsklärung. Zur Begründung ihres Antrages, den Schiedsspruch für verbindlich zu erklären, sind die Organisationsvertreter zu heute vormittag geladen worden.

Aus dem Stuck- und Gipsgewerbe.

Eine Mitgliederversammlung der Fachgruppe Stuck- und Gipsbau des Baugewerksbundes am Dienstag beschäftigte sich mit dem von den Arbeitgebern in Düsseldorf gegründeten „Deutschen Stuckgewerbebund“. Die Sitzungen dieses neuen Bundes tragen zum Teil einen recht harmlosen Charakter. Aber die Arbeitnehmer können davon überzeugt sein, daß bei den kommenden Kämpfen mit Maßnahmen aller Art zu rechnen ist. Auch wird ein Reichstarifvertrag geplant. Jeder Arbeitnehmer im Stuckgewerbe hat die Pflicht, die drohenden Gefahren nicht aus dem Auge zu verlieren. Leider mußte festgestellt werden, daß immer noch Ueberstunden gemacht werden, wobei sich einzelne Mitglieder des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter rühmlichst hervorheben. Es erweist den Anschein, als ob sie die schwer erkämpften Ertragsgruppen des Fachgruppe befechtigen wollen. Die Versammlung brachte zum Ausdruck, daß alle gegebenen Maßnahmen zu ergreifen sind, damit die Erfolge des siebenwöchigen Streiks nicht durch gewissenlose Elemente aufgehoben gemacht werden.

Die zur Reichskonferenz und zum Bundestag fahrenden Delegierten wurden beauftragt, mit allen Kräfte gegen einen Reichstarif zu arbeiten.

Aus der Partei.

Ausschluß aus der Partei.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben: Auf einstimmigen Beschluß des Parteivorstandes ist Frau Meta Kraus-Hesse in Berlin auf Grund des § 28 Abs. 3 des Organisationsstatuts mit sofortiger Wirkung aus der Partei ausgeschlossen worden. Diese Maßnahme erfolgte, weil Frau Meta Kraus-Hesse durch ihre sorgfältige Mitarbeit an der kommunistisch-bolschewistischen Internationalen Arbeiterhilfe bewußt — wie aus ihren Erklärungen und Reden hervorgeht — dem Beschluß des Berliner Parteikongresses 1924 widergerichtet hat. Dieser Beschluß erklärt bekanntlich die Beteiligung an der I.A.H. und ihre Unterstützung für unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Sozialdemokratie.

Geschäftliche Mitteilungen.

Billige Schuhe bei guter Qualität bringt wieder das bekannte Schuhfabrikat „Münster 25“ mit seinen hübschen Klettleder Damen 18 und Herrenstiefel Nr. 54. Es ist noch auf das heutige Ansehen der Firma hinzuweisen.

Verantwortlich für Politik: Gustav Krulter; Wirtschaft: Walter Ostermann; Gewerkschaftsbewegung: Friedrich Götter; Kultur: A. J. Böhmer; Soziales: Heinrich Frick; Redaktion: Augustin; Dr. Glöck; Schriftlich in Berlin. Verlag: Hermanns-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermanns-Verlag und Verlagsgesellschaft Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 6.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angem. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsdorfer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen · Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel · Ausführung sämtl. Reparaturen · Preiswerte, gediegene Arbeit

Strickwesten
u. Jacken 8 75 12.50 17.50, reine Wolle
Ueber 500 Stk. v. d. Klein- und Kindergr. bis zur größten Weite ständig a. Lager.
Maytas sämll. Fabrikate
zu Originalpreisen.
Bruno Richter & Co., Fabr.-Ndlg.,
Thuring. Wollwaren — Bismarckstr.
Möhlenstr. 1, Ecke Breite Str.

Sternzwirne 400-er Zwifft
Sternzwirne, Summaberg, Röhme, Centil
u. f. Zwirnen, weit unter Tagespreisen
400-er, Bismarckstr. 18, Reifur 6880

Bad Kudowa

Aeltestes
Heilbad Schlesiens

Städt. Arsen-Liangequell-Deutschlands
Natürliche lokale Mineralwasser- u. Moorbäder
Prospekte durch Verkehrs-Bureau und Badverwaltung
Kurbetrieb ganzjährig.

Sommerprossen
Crema Pfeil, 33 Jahre
sch. bender, 100 1.50
u. f. In Dringender
soll bei Dato Reichel,
Berlin 42 31, Ellen-
beckenstraße 4.

Recht Tabakwaren-
handlung
Zigarren, Zigaretten,
Tabak billig
Lindenstr. 81

Für Sommerfeste

Lampions, Feuerwerk, Stocklaternen, Fackeln,
Kopfbedeckungen f. Damen u. Herren, Artikel
für Kinderfeste, Festabzeichen
Tombola - Gewinne, - Lose, - Karten

Größte Auswahl! Billigste Preise!
Pohl & Weber Nachf.
Spittelmarkt 4-5, 1.
Verlangen Sie Sommerpreisliste Nr. 21

Ungeheuer billig Kinder-Stiefel

Hier nur obige Beispiele:

Für Herren	Für Damen
Arbeitsstiefel artiges Spaltleder 4.90	Direktstoff-Hauschuhe 95
Echt Boxbind mod. breite Form 7.90	Damen-Lederhauschuhe 1.00
Orig. Goodyear Welt 9.90	Hauschuhe gutes Spaltleder 2.90
echt R-Cherross, gutes Fabrikat 12.50	Lastingschuhe m. guter Leder- sohle sowie Leder-Hauschuhe (Niedertrage) 2.90
sch. echt Bismarck, Boxbind u. Cher- ross Fabrikat, moderns runde und schlanke Formen, tolle braun 9.90	Amerikanische 4.90
Braun. Halbsch. u. Stiefel 9.90	Damen-Stiefel, tolle Halbschuhe, braun und schwarz, echt Boxbind und Cherross, tolle m. Wiedelmaterial, alles lange spitz-Formen toll mit Schmalhalsbändern, aber sehr gutes Material. Größe 35-39, dureweg Paar . . .
moderne spitze und runde Formen sowie echt schwere Boxbind-Stiefel, dureweg 14.90	
Prima braun Boxkalf- Lederstiefel mit braun Nubukleiste, Orig. Goodyear Welt, früher 28.90 jetzt 14.90	
Hohe Ledergamaschen . . 4.90	

Braune Damen-Schnürschuhe mod. spitze Form, echt Cherross u. R-Cherross 5.90

Breite Schielespange moderns spitze Form, tolle, echt Cherross 7.90, schwarz . . . 5.90

**Braune u. schwarze Damen-Schnür-
schuhe** tolle Orig. Goodyear Welt, moderns Formen . . . 9.90

Damen-Halbschuhe echt R-Cherross, moderns, gute spitze Form, halbhohes Absatz 7.90

Damen-Weiblichen-Schnürschuhe moderns spitze Form, sehr gutes Patent, gute Lederleiste . . . 2.90

Schuh-Lokal

Münster 25

Frankfurter Allee 64
Münster 25